

Daniel Krone

# **Gebührenfinanzierter Rundfunk und Beihilferecht**

*Gemeinschaftsrechtliche Analyse der  
deutschen Rundfunkgebühr und  
Optionen für eine Anpassung  
des nationalen Ordnungsrahmens*

**Verlag Dr. Kovač**

**Hamburg  
2010**

## Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsübersicht .....	I
Inhaltsverzeichnis .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
1. Teil Einleitung .....	1
A. Sonderstellung des Rundfunks im Bereich der Daseinsvorsorge .....	1
B. Rundfunk als Wirtschaftsgut .....	2
C. Einfluss des europäischen Beihilferechts .....	5
D. Auswirkungen der europäischen Entwicklung in Deutschland .....	8
E. Gegenstand der Untersuchung .....	11
F. Gang der Darstellung .....	13
2. Teil Überblick über die Deutschland betreffenden Beschwerdeverfahren .....	15
A. Gegenstand der Beschwerdeverfahren .....	15
B. Vorläufige rechtliche Bewertung durch die Kommission .....	19
C. Einigungsbemühungen und Inhalt der gefundenen Einigung .....	23
D. Verfahrensrechtliche Konsequenzen der erfolgten Einigung .....	37
3. Teil Rahmenvorgaben des nationalen Verfassungsrechts für den Rundfunk .....	39
A. Staatliche Funktionsverantwortung für den Rundfunk und Ausgestaltungsdogma .....	41
B. Stellung und Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer sich wandelnden dualen Rundfunkordnung .....	44
C. Vorgaben für die Bedarfssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	51

4. Teil	Untersuchung der Rundfunkgebühr aus dem Blickwinkel des europäischen Beihilferechts .....	59
A.	Grundlegende Vorbetrachtungen.....	59
B.	Einordnung der Rundfunkgebühr als Beihilfe i. S. v. Art. 87 Abs. 1 EG .....	77
C.	Freistellung vom Beihilfeverbot als Kulturbeihilfe nach Art. 87 Abs. 3 lit. d EG .....	259
D.	Ausnahme vom Beihilfeverbot unter Art. 86 Abs. 2 EG .....	270
E.	Ergebnis zur beihilferechtlichen Beurteilung der Gebührenfinanzierung .....	304
5. Teil	Alternative Finanzierungskonzepte aus dem Blickwinkel des europäischen Beihilferechts .....	307
A.	Überblick über die BBC Charter-Review .....	307
B.	Betrachtung einzelner Modellvorschläge .....	313
C.	Umsetzungsempfehlung.....	347
D.	Zusammenfassung .....	352
6. Teil	Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse .....	353
A.	Rahmenvorgaben des nationalen Verfassungsrechts für den Rundfunk.....	353
B.	Beihilferechtliche Bewertung der Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	355
C.	Anpassungsvorschläge für die deutsche Ordnung.....	364
7. Teil	Nachtrag: Jüngste Entwicklungen in Deutschland und in Europa ....	369
A.	Zusammenfassung der Änderungen durch den 12. RÄndStV.....	369
B.	Neue Beihilfemitteilung für den Rundfunk .....	384
C.	Weitere Entwicklung der Kommissionspraxis .....	396
D.	Weitere Entwicklung der Rechtsprechung .....	397
E.	Bewertung und Ausblick .....	400
	Literaturverzeichnis.....	XXIII

---

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsübersicht .....	I
Inhaltsverzeichnis .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
1. Teil Einleitung .....	1
A. Sonderstellung des Rundfunks im Bereich der Daseinsvorsorge .....	1
B. Rundfunk als Wirtschaftsgut .....	2
C. Einfluss des europäischen Beihilferechts .....	5
D. Auswirkungen der europäischen Entwicklung in Deutschland .....	8
E. Gegenstand der Untersuchung .....	11
F. Gang der Darstellung .....	13
2. Teil Überblick über die Deutschland betreffenden	
Beschwerdeverfahren .....	15
A. Gegenstand der Beschwerdeverfahren .....	15
I. Anonyme Beschwerde .....	16
II. Weitere anonyme Beschwerde .....	16
III. Beschwerde des VPRT .....	17
IV. Beschwerde von Kabel Baden-Württemberg .....	18
V. Beschwerde von Pro7Sat1 .....	18
B. Vorläufige rechtliche Bewertung durch die Kommission .....	19
C. Einigungsbemühungen und Inhalt der gefundenen Einigung .....	23
I. Einigungsbemühungen .....	23
II. Vereinbarte Maßnahmen .....	27
1. Präzisierung des öffentlichen Auftrags und förmliche Beauftragung .....	27
2. Online- und Digitalangebote .....	28

3.	Kommerzielle Tätigkeiten .....	32
4.	Beteiligungen der Rundfunkanstalten.....	33
5.	Verhältnismäßigkeit der Finanzierung .....	34
6.	Sportrechte .....	36
7.	Verfassungsrechtliche Finanzierungsgarantie .....	36
8.	Steuerliche Sonderbehandlung kommerzieller Tätigkeiten.....	37
D.	Verfahrensrechtliche Konsequenzen der erfolgten Einigung.....	37
3. Teil	Rahmenvorgaben des nationalen Verfassungsrechts für den Rundfunk.....	39
A.	Staatliche Funktionsverantwortung für den Rundfunk und Ausgestaltungsdogma .....	41
B.	Stellung und Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer sich wandelnden dualen Rundfunkordnung .....	44
C.	Vorgaben für die Bedarfssicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	51
I.	Funktionsbezogene Finanzierungsgarantie aus Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG.....	52
II.	Verfassungsrechtliche Verstärkung der allgemeinen Anstaltslast durch die Finanzierungsgarantie.....	54
III.	Anerkennung einer staatlichen Gewährsträgerhaftung im Rundfunkbereich.....	55
IV.	Korrektive der Gebührenhöhe .....	56
V.	Zwischenergebnis .....	56
4. Teil	Untersuchung der Rundfunkgebühr aus dem Blickwinkel des europäischen Beihilferechts.....	59
A.	Grundlegende Vorbetrachtungen.....	59
I.	Zweck des prinzipiellen Beihilfeverbots .....	59
II.	Grundsätzliche Anwendbarkeit der Beihilfenvorschriften auf kulturpolitische Handlungsfelder.....	61

III.	Grundlegendes Verhältnis zwischen Art. 87 Abs. 1 EG und anderen Beihilfenvorschriften .....	62
1.	Subsidiarität des Beihilfeverbots aus Art. 87 Abs. 1 EG .....	62
2.	Art. 86 Abs. 2 EG als Bereichsausnahme zu Art. 87 Abs. 1 EG? .....	62
IV.	Ansätze zur Bestimmung des Beihilfebegriffs .....	64
1.	Definitionsversuche in der Literatur .....	65
2.	Definitionsverzicht der Gemeinschaftsorgane .....	67
3.	Zwischenfazit .....	69
V.	Vorabklärung zur Rolle des Amsterdamer Rundfunkprotokolls .....	69
1.	Rechtspolitischer Hintergrund und Entstehungsgeschichte .....	70
2.	Bestimmung der Rechtsnatur des Protokolls .....	73
B.	Einordnung der Rundfunkgebühr als Beihilfe i. S. v. Art. 87 Abs. 1 EG .....	77
I.	Merkmal der Begünstigung .....	77
1.	Gewährung eines Vorteils .....	78
a)	Positive Leistung oder Belastungsminderung als tauglicher Gegenstand eines Vorteils .....	79
b)	Objektiver Wirkungsmaßstab statt subjektive Zweckbestimmung .....	81
c)	Freiwilligkeitserfordernis als subjektiv konstituierendes Merkmal einer Vorteilsgewährung? .....	82
d)	Feststellung der Vorteilswirkung der Gebührenfinanzierung .....	85
2.	Möglicher Ausschluss der Begünstigung bei Gegenleistung .....	85
a)	Erfordernis einer marktgerechten Gegenleistung .....	86
b)	Der „Market Economy Investor“-Test .....	88
3.	Rundfunkgebühr als Gegenleistung für eine erbrachte Dienstleistung? .....	91
4.	Spezifische Behandlung von Ausgleichszahlungen für die Erbringung von Public Service-Dienstleistungen .....	95
a)	Tatbestandslösung .....	97
b)	Rechtfertigungslösung .....	98

c)	Erster Vergleich beider Positionen und Anwendung auf die Gebührenfinanzierung .....	98
d)	Die europäische Entscheidungspraxis im Bereich öffentlicher Ausgleichszahlungen .....	100
(1)	Die Rechtssache „ADBHU“ .....	100
(2)	Die frühe Kommissionspraxis im Gefolge der Tatbestandslösung.....	101
(a)	Die Rechtssache „La Poste“ .....	101
(b)	Das Arbeitspapier der Kommission über staatliche Beihilfen aus 1995 .....	102
(c)	Die Rechtssache „RTP“ .....	103
(3)	Die Entscheidungspraxis des Gerichts erster Instanz im Gefolge der Rechtfertigungslösung .....	104
(a)	Die Rechtssache „FFSA“ .....	104
(b)	Die Rechtssache „SIC“ .....	105
(4)	Übernahme der Rechtfertigungslösung durch die Kommissionspraxis.....	106
(a)	Die Rechtssache „Kinderkanal-Phoenix“ .....	106
(b)	Die Rechtssache „BBC News 24“ .....	108
(c)	Rundfunkmitteilung der Kommission .....	108
(5)	Die Rechtssache „Ferring“ .....	109
(6)	Die Rechtssache „BBC digital television“ .....	110
(7)	Die Rechtssache „Altmark Trans“ .....	110
e)	Bewertung der Ansätze .....	114
5.	Übertragung der Altmark-Kriterien auf die deutsche Gebührenfinanzierung .....	117
a)	Klare Definition und Übertragung eines Gemeinwohlauftrags.....	118
(1)	Gesetzliche Vorgaben .....	118
(a)	Qualitative Vorgaben.....	118
(b)	Quantitative Vorgaben.....	120
(2)	Auftragspräzisierung durch Binnenrecht.....	121
(3)	Auftragspräzisierung mittels Selbstverpflichtungserklärungen .....	122

(4)	Deutsche Positionen und Kritik der Kommission .....	126
(5)	Auseinandersetzung mit der Kritik der Kommission .....	130
b)	Vorherige, objektive und transparente Ausgleichsparameter .....	141
(1)	Überblick über den gesetzlichen Finanzierungsrahmen .....	142
(2)	Einzelheiten zur Ermittlung der Gebührenhöhe durch die KEF .....	144
(3)	Auseinandersetzung mit der Kritik der Kommission .....	149
c)	Keine Überkompensation .....	150
(1)	Die anstaltsinterne Finanzkontrolle .....	150
(2)	Die anstaltsexterne Finanzkontrolle durch Landesrechnungshöfe .....	153
(3)	Die anstaltsexterne Finanzkontrolle durch Wirtschaftsprüfer .....	154
(4)	Die anstaltsexterne Finanzkontrolle durch die Landesregierungen .....	155
(5)	Nicht institutionalisierte Kontrollmöglichkeiten .....	155
(6)	Auseinandersetzung mit der Kritik der Kommission .....	155
d)	Vergleichsmaßstab: Durchschnittliches, gut geführtes Unternehmen .....	158
(1)	Kritik der Kommission und Positionen der Bundesregierung .....	158
(2)	Auseinandersetzung mit der Kritik der Kommission .....	160
e)	Zusammenfassung .....	161
II.	Merkmal der staatlichen Mittelherkunft .....	162
1.	Betrachtung der alternativen Fassung des Wortlauts .....	162
a)	Bedeutung der Unterscheidung .....	162
b)	Nähere Eingrenzung der Tatbestandsmerkmale .....	164
2.	Entwicklungslinien in der Rechtsprechung .....	167
a)	Restriktiver Ansatz: Staatliche Mittelbelastung erforderlich .....	167
(1)	Die Rechtssache „Van Tiggele“ .....	167
(2)	Die Rechtssache „Norddeutsches Vieh- und Fleischkontor“ .....	168
(3)	Die Rechtssache „Sloman Neptun“ .....	170
(4)	Die Rechtssache „Kirsammer-Hack“ .....	172
(5)	Die Rechtssache „Viscido“ .....	173
(6)	Die Rechtssachen „Ecotrade“ und „Piaggio“ .....	173

(7)	Die „PreussenElektra“-Entscheidung des EuGH .....	174
(8)	Die Rechtssache „Pearle“ .....	175
(9)	Zusammenfassung .....	177
b)	Extensiver Ansatz: Staatliche Kontroll- und Einflussmöglichkeit ausreichend .....	178
(1)	Die Rechtssache „Kommission/Italien“ (Rs. 72/79) .....	178
(2)	Die Rechtssache „Kommission/Frankreich“ (Rs. 290/83) .....	179
(3)	Die Rechtssache „Van der Kooy“ .....	180
(4)	Die Rechtssache „Griechenland/Kommission“ (Rs. 57/86) .....	181
(5)	Die Rechtssachen „Italien/Kommission“ (Rs. C-303/88 u. C-305/89) .....	182
(6)	Zusammenfassung .....	183
c)	Mischformen zwischen restriktivem und extensivem Ansatz .....	184
(1)	Die Rechtssache „Banco Exterior de Espana“ .....	184
(2)	Die Rechtssache „Italien/Kommission“ (C-6/97) .....	185
(3)	Die Rechtssache „Ladbroke“ .....	186
(4)	Die Rechtssache „Stardust Marine“ .....	187
(5)	Zusammenfassung .....	191
d)	Parafiskalisch gespeiste Fonds und Sonderkassen .....	192
(1)	Die Rechtssache „Frankreich/Kommission“ (Rs. 47/69) .....	192
(2)	Die Rechtssache „Italien/Kommission“ (Rs. 173/73) .....	193
(3)	Die Rechtssache „Steinike & Weinlig“ .....	193
(4)	Die Rechtssache „Frankreich/Kommission“ (Rs. 259/85) .....	194
(5)	Die Rechtssache „Compagnie commerciale de l'Ouest“ .....	194
(6)	Die Rechtssachen „Sanders“, „Lornoy“, „Celulose Beira Industrial“, „Scharbatke“ und „Nygard“ .....	195
(7)	Die Rechtssache „GEMO“ .....	196
(8)	Zusammenfassung .....	198
3.	Die Entwicklung der Kommissionspraxis .....	198
4.	Standpunkte von Kommission und Bundesregierung in den aktuellen Beschwerdeverfahren .....	202
5.	Positionen im rundfunkrechtlichen Schrifttum .....	204

a)	Argument der Verschonung des Staatshaushalts durch parafiskalische Umverteilung .....	205
b)	Argument der Umwegfinanzierung über einen vom Staatshaushalt verschiedenen öffentlichen Haushalt.....	208
(1)	Die GEZ.....	208
(2)	Die KEK.....	210
c)	Berufung auf die Rechtssache „PreussenElektra“.....	211
d)	Berufung auf die Rechtssache „Stardust Marine“ .....	212
e)	Teleologische Argumente.....	214
6.	Prüfung der Standpunkte .....	214
III.	Merkmal der Selektivität .....	230
1.	Bedeutung des Merkmals .....	230
2.	Beihilferechtlicher Unternehmensbegriff.....	231
IV.	Merkmal der drohenden Wettbewerbsverfälschung.....	236
1.	Wettbewerbsverfälschung als Regelfolge der Beihilfegewährung.....	238
2.	Die Wettbewerbssituation im Rundfunksektor.....	241
a)	Der Werbemarkt .....	242
b)	Der Programmmarkt .....	243
c)	Sonstige Märkte .....	246
3.	Ausräumung der Indizwirkung durch strukturelle Besonderheiten des Rundfunksektors?.....	246
a)	Argument der freiwilligen Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols.....	247
b)	Argument des wettbewerbsneutralen Nachteilsausgleichs.....	250
4.	Zusammenfassung .....	254
V.	Merkmal der Beeinträchtigung des Gemeinsamen Handelsverkehrs.....	255
VI.	Zwischenergebnis .....	258
C.	Freistellung vom Beihilfeverbot als Kulturbeihilfe nach Art. 87 Abs. 3 lit. d EG.....	259

---

I.	Verhältnis zwischen Art. 87 Abs. 3 lit. d EG und Art. 86 Abs. 2 EG .....	260
II.	Grundaussagen zum vertraglichen Kulturbegriff .....	264
III.	Rundfunkfinanzierung als Kulturförderung?.....	266
IV.	Zwischenergebnis .....	270
D.	Ausnahme vom Beihilfeverbot unter Art. 86 Abs. 2 EG .....	270
I.	Ratio legis von Art. 86 Abs. 2 EG .....	271
II.	Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse .....	274
1.	Öffentlich-rechtlicher Rundfunkauftrag als eine prinzipiell im allgemeinen Interesse liegende Aufgabe .....	275
2.	Eigenständige Bedeutung des Merkmals des wirtschaftlichen Interesses? .....	278
III.	Betrauung mit der Aufgabenerfüllung .....	285
IV.	Verhältnismäßigkeitsprinzip und Ermessen der Kommission .....	285
1.	Verhinderung der Aufgabenerfüllung durch die Vertragsvorschriften .....	286
2.	Kein entgegenstehendes Gemeinschaftsinteresse.....	289
a)	These von der beschränkten Missbrauchskontrolle.....	289
b)	These vom weiten Ermessensspielraum der Kommission .....	290
c)	Zusammenschau beider Ansätze.....	292
3.	Neubewertung im Lichte des Amsterdamer Rundfunkprotokolls .....	293
a)	Explizite Rollenzuweisung an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.....	294
b)	Anerkennung der ausschließlichen Definitionsbefugnis der Mitgliedstaaten.....	295
c)	Bestätigung der auftragsakzessorischen Finanzierungsbefugnis durch die Beeinträchtigungsklausel .....	298
d)	Darlegungs- und Beweislastfragen .....	301
e)	Übertragung auf die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	303

E.	Ergebnis zur beihilferechtlichen Beurteilung der Gebührenfinanzierung .....	304
5. Teil	Alternative Finanzierungskonzepte aus dem Blickwinkel des europäischen Beihilferechts .....	307
A.	Überblick über die BBC Charter-Review .....	307
I.	Das medienpolitische Umfeld des Reviews .....	308
1.	Die „Kelly-Krise“ der BBC .....	308
2.	Anhaltspunkte für aufsichtsexpansive Tendenzen der Ofcom .....	309
3.	Kritik an den Strukturen der BBC durch den „Elstein-Report“ .....	309
II.	Ablauf des BBC Reviews .....	311
B.	Betrachtung einzelner Modellvorschläge .....	313
I.	Modell 1: Ausschreibung von meritorischen Programmleistungen .....	313
1.	Ausgangserwägungen zum Ausschreibungsmodell .....	314
2.	Ausformung des Modells .....	315
3.	Auswirkungen des Modells auf die beihilferechtliche Beurteilung der Rundfunkfinanzierung .....	316
4.	Übertragung auf die deutsche Ordnung .....	317
a)	Vereinbarkeit des Ausschreibungsmodells mit der Bestandsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	318
b)	Folgen einer Beschränkung der öffentlichen Rolle im Rundfunk auf eine reine Gewährleistungsverantwortung .....	319
II.	Modell 2: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf Abonnementbasis .....	322
1.	Ausgangserwägungen zum Abonnementmodell .....	322
2.	Ausformung des Modells .....	324
3.	Auswirkungen des Modells auf die beihilferechtliche Beurteilung der Rundfunkfinanzierung .....	324
4.	Übertragung auf die deutsche Ordnung .....	324
a)	Strukturelle Auswirkungen des Modells .....	325

b)	Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Finanzierungsgebot.....	326
III.	Modell 3: Einführung eines „public value“-Tests .....	326
1.	Ausgangserwägungen zum „public value“-Modell.....	326
2.	Ausformung des Modells.....	329
a)	Prüfung der Qualität und Marktauswirkungen bestehender und neuer Dienste .....	329
b)	Vergabe von Einzellizenzen für alle BBC-Dienste .....	329
c)	Wiederkehrende Evaluierung der öffentlichen Wahrnehmung des Senders.....	330
d)	Entwicklung eines Zielwertekatalogs für die Beurteilung der Dienste .....	330
3.	Der Drei-Stufen-Test als Herzstück des „public value“-Modells .....	330
a)	1. Stufe: Public Value Assessment .....	331
b)	2. Stufe: Market Impact Assessment .....	333
c)	3. Stufe: Einbindung der Öffentlichkeit .....	334
4.	Auswirkungen des Modells auf die beihilferechtliche Beurteilung der Rundfunkfinanzierung .....	334
5.	Übertragung auf die deutsche Ordnung.....	335
a)	Die Vorschläge des ZDF.....	336
b)	Modell im Entwurf des 12. RÄndStV .....	340
(a)	„Public value“-Test.....	340
(b)	Allgemeine Beschreibung des Programmauftrags .....	342
(c)	Fernseh- und Hörfunkprogramme .....	343
(d)	Angebot von Telemedien.....	343
(e)	Ausgestaltungsbefugnis der Rundfunkanstalten.....	344
(f)	Schärfung der Programmkategorien .....	345
(g)	Regelung zur Barrierefreiheit .....	345
c)	Position des VPRT .....	346
C.	Umsetzungsempfehlung.....	347
I.	Einführung eines „public value“-Modells .....	347

II.	Auftragspräzisierung durch die eindeutige Klassifizierung von Diensten .....	349
III.	Weitere Auftragspräzisierung im Online-Bereich .....	350
IV.	Klarere Aufnahme fakultativer Tätigkeiten in den Rundfunkauftrag .....	351
V.	Klarere Separierung rein kommerzieller Tätigkeiten .....	351
VI.	Stärkung der Finanzkontrolle .....	352
D.	Zusammenfassung .....	352
6. Teil	Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse .....	353
A.	Rahmenvorgaben des nationalen Verfassungsrechts für den Rundfunk .....	353
B.	Beihilferechtliche Bewertung der Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks .....	355
C.	Anpassungsvorschläge für die deutsche Ordnung .....	364
7. Teil	Nachtrag: Jüngste Entwicklungen in Deutschland und in Europa ....	369
A.	Zusammenfassung der Änderungen durch den 12. RÄndStV .....	369
I.	Allgemeine Auftragspräzisierung .....	370
II.	Auftragspräzisierung bezüglich Telemedien .....	371
1.	Grundformel für auftragskonforme Telemedien .....	371
2.	Sendungsarchiv .....	372
3.	Sendungsbezogene Telemedien .....	372
4.	Weitere Telemedien .....	373
5.	Zeit- und kulturgeschichtliche Archive .....	374
6.	Unzulässige Angebote und weitere Beschränkungen .....	374
7.	Drei-Stufen-Test .....	375
a)	Hintergrund der Regelung .....	375
b)	Erstellung von Telemedienkonzepten .....	376
c)	Einstufung als neues oder verändertes Angebot .....	377
d)	Vorlage und Begründung der Angebotsbeschreibung .....	377
e)	Konsultationsprozess und Prüfung des Angebots .....	378

f)	Entscheidung über das Angebot .....	379
g)	Rechtsaufsicht .....	380
h)	Übergangsregelung für bestehende Angebote .....	380
i)	Nähere Ausgestaltung durch Satzungen oder Richtlinien .....	381
III.	Finanzkontrolle, kommerzielle Tätigkeiten und Beteiligungen .....	381
1.	Ermittlung des Finanzbedarfs .....	381
2.	Beschränkung von kommerziellen Tätigkeiten .....	382
3.	Beschränkung von Beteiligungen .....	383
B.	Neue Beihilfemitteilung für den Rundfunk .....	384
I.	Entstehung der Beihilfemitteilung .....	385
II.	Berücksichtigte Entwicklungen .....	386
III.	Zentrale Aussagen der Beihilfemitteilung .....	388
1.	Beihilferechtliche Rahmenbedingungen für den Rundfunk .....	388
2.	Auftragsdefinition .....	389
3.	Entgeltpflichtige Dienste .....	390
4.	Einführung neuer Dienste und Veränderung bestehender Dienste....	391
5.	Aufsicht über die Beauftragung neuer Dienste.....	393
6.	Förmlicher Betrauungsakt .....	393
7.	Kontrolle der ordnungsgemäßen Auftragserfüllung.....	394
8.	Getrennte Buchführung.....	394
9.	Fremdvergleich .....	395
10.	Verhinderung einer Überkompensation oder Quersubventionierung.....	395
C.	Weitere Entwicklung der Kommissionspraxis .....	396
D.	Weitere Entwicklung der Rechtsprechung .....	397
E.	Bewertung und Ausblick .....	400
Literaturverzeichnis.....		XXIII